

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/99

Bonn, den 25. Mai 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
	Jetzt Klarheit	50

immer mehr Gerüchte um die Bestechungsaffäre

2	<u>Finnland unter sozialdemokratischer Führung</u>	52
---	--	----

Zum Abschluß der Regierungsbildung

3 - 4	<u>Lebensstandard und Staatskasse</u>	102
-------	---------------------------------------	-----

Israel vor problematischen Umstellungen auf dem Arbeitsmarkt

Von Gad Redlich

SELBSTERSTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Vernünftig geordnete Nachbarschaft im Osten Deutschlands
BdV stabilisierender Faktor im demokratischen Leben Deutschlands
Bundevorsitzender der Jungsozialisten vor der SELIGER-Gemeinde
Herbert WEINER vor den Oberschlesiern
65 Millionen DM gekürzt
Über 40 schlesische Heimatkreistreffen
Ehrung für Max HERRMANN-EMISSE
Schlesische Literatur auf dem Programm

+ + +

Jetzt Klarheit !

Immer mehr Gerüchte um die Bestechungsaffäre

sp - Die jetzt bekannt gewordene Bestechungsaffäre im Bundesverteidigungsministerium hat zu einer Reihe von Kombinationen und Gerüchten geführt, die im Interesse des Ansehens unseres Staates und seiner Führung so schnell wie möglich geklärt werden müssen.

Seit Dienstagabend dieser Woche hält sich in Bonner Journalistenkreisen hartnäckig das Gerücht, bereits im Februar dieses Jahres hätten einige Journalisten beim Verteidigungsministerium angefragt, ob es richtig sei, daß gegen Beamte und Offiziere wegen einer Bestechungsaffäre Untersuchungen eingeleitet worden seien. Aus der damals gegebenen Antwort - so lautet das Gerücht - sei nicht klar erkennbar gewesen, ob es sich lediglich um kurzfristig aufgetauchte Verdachtsmomente handelte oder um ein bereits seit längerer Zeit laufendes Untersuchungsverfahren. Gleichzeitig sei, so wird behauptet, den fragenden Journalisten bedeutet worden, man sollte doch mit Rücksicht auf die um diese Zeit in der deutschen Öffentlichkeit wegen der Starfighter-Abstürze entstandene Erregung und wegen der im Bundestag zu diesem Thema anstehenden Debatte "Rücksicht nehmen und nicht Öl ins Feuer gießen".

Nach einer anderen Version habe man sich beim Verteidigungsministerium im März auf ein schwebendes Verfahren berufen, in das man aus juristischen Gründen nicht eingreifen könne. Gleichzeitig wurde jedoch aber auch angedeutet, eventuelle Veröffentlichungen seien nicht opportun, weil dadurch möglicherweise noch verdächtige Personen gewarnt werden könnten.

Wir sind selbstverständlich nicht in der Lage, die hier erwähnten Berichte auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen; auch ob es richtig ist, wie bereits behauptet wird - daß die Bestechungsaffäre im Verteidigungsministerium im Zusammenhang mit dem gesamten Komplex STARFIGHTER gesehen werden muß, können wir nicht mit Gewißheit sagen.

Wenn jedoch derartige Vermutungen im Umlauf sind, dann müssen sich die zuständigen Stellen schnell und mit äußerster Energie für die rückichtslose Aufklärung aller auch im Zusammenhang mit dem Zustandekommen der Verträge für den Ankauf des STARFIGHTER entstandenen Fragen einsetzen. Bei dieser notwendigen Klärung darf auch nicht dort Halt gemacht werden, wo möglicherweise der Verdacht besteht, daß Veröffentlichungen über eine Bestechungsaffäre in Zusammenhang mit dem Ankauf des Starfighter unterdrückt wurden. Es wird auch behauptet, daß die mit der Aufdeckung von Korruptionsfällen befaßte Stelle beim Bundesverteidigungsministerium so unvorstellbar schwach besetzt sei (ein Beamter mit einer Sekretärin), daß man dort überhaupt nicht in der Lage ist, die relativ häufigen Verdachtsmomente schnell zu bearbeiten. Wenn diese Behauptung ebenfalls richtig ist, dann ist es an der Zeit, daß sich der Chef des Hauses, Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel, Gedanken darüber macht, ob nicht gerade diese Stelle in seinem Ministerium bessere Arbeitsmöglichkeiten erhält.

Die Staatsführung ist dafür verantwortlich, wenn infolge hinhalten oder mangelnder Aufklärung die Lawine der Vermutungen und Gerüchte anwächst. Dadurch würden nicht nur pflichttreue Beamte und Offiziere in Mitleidenschaft gezogen werden; auch die Staatsführung selbst geriete in den Verdacht, bestimmte Vorgänge nicht klären zu wollen, die der letzten Klarheit bedürfen.

Finnland unter sozialdemokratischer Führung

Zum Abschluß der Regierungsbildung

1948 - In Finnland, dem Land der tausend Seen, werden Sozialdemokraten, Volksdemokraten, die Zentrumsparterie (früher Agrarpartei) und eine Splitterpartei, genannt nach ihrem Führer "Simoniten", die Regierung stellen. Sie verfügt mit 153 von 200 Mandaten im Reichstag über eine solide und arbeitsfähige Mehrheit. Die finnischen Konservativen, die schwedische Volkspartei und die Liberalen gingen in Opposition; sie konnten sich nicht entschließen, eine sozialdemokratische Führung zu akzeptieren.

Die neue Konstellation ist der Niederschlag des Ausgangs der letzten finnischen Reichstagswahlen, die den Sozialdemokraten einen großen Wahlsieg einbrachten und sie zur Mandatstärksten Partei werden ließen. Die Partei des Staatspräsidenten Kekkonen hatte ihre fast zwanzigjährige Vormachtstellung verloren, wogegen die vor ihr mit großer Schonung behandelten Volksdemokraten nur geringfügige Verluste erlitten. Das konnte nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die finnischen Sozialdemokraten, nach vielen Jahren des Vorfechtens wieder ausgestattet mit einem großen Vertrauensvotum, standen nach dem Wahlergebnis vor der Entscheidung, ihren Wahlsieg zu verschonen oder das Zeppter der Regierung zu ergreifen - allerdings unter Einbruch der Volksdemokraten und der Simoniten, nachdem sich die übrigen Parteien mit Ausnahme der immer noch starken Partei Kekkonens der Teilnahme an der Regierung versagten. Die Sozialdemokraten entschieden sich für eine Lösung, die den innenpolitischen Notwendigkeiten und der außenpolitischen Bedürfnisse Finnlands entspricht: Offenhaltung des Landes nach Westen, engste Verbindung zu den skandinavischen Staaten und strikte Einhaltung des mit der Sowjetunion abgeschlossenen Beistandspaktes.

Welche Rolle bei der Regierungsbildung Kekkonen im Hintergrund spielte, bleibt wohl zunächst im ungewissen. Die finnischen Volksdemokraten (die früheren Kommunisten) wurden an die Kandare genommen, sie sind nur mit drei Ministern von 15 im Kabinett vertreten, die Kommandostellen im Staat blieben ihnen verwehrt. Sie verwalten Ressorts der Sozialpolitik und der Bildung, Ressorts, in denen sie ihre Bewährungsprobe zu bestehen haben. Die Erinnerung an das Jahr 1948, in dem ein kommunistischer Innenminister, der Schwiegersonne des einflußreichen Kuusinen, Leino, vorgeblich dem Prager Putschversuch nachzueifern versuchte, mag eine Rolle bei der Zusammensetzung der neuen Regierung gespielt haben. Die finnische Demokratie brach damals die Kraft auf - und dies zu Stalins Zeiten! -, ihre Eigenständigkeit zu bewahren und Finnland das Schicksal eines Satellitenstaates zu ersparen.

Ist die jetzige Regierung Finnlands, geführt von dem Sozialdemokraten Paasio, eine Regierung der "Volksfront"? Der Vergleich trifft nicht zu, er wird der besonderen Situation Finnlands nicht gerecht und vor allem wird dabei die Dynamik der finnischen Sozialdemokratie überschätzt. Ihre Stärke beruht in stolzen freiheitlichen Traditionen und in ihrer Verbundenheit mit den großen demokratischen Strömungen unseres Jahrhunderts. Ihre früheren Niederlagen, bedingt durch die Härten der Nachkriegszeit, gereichten ihr nun zum Triumph. Finnland hat alle Aussicht, unter sozialdemokratischer Führung mit drückenden innenpolitischen Schwierigkeiten unter demokratischem Vorzeichen fertig zu werden, ohne dabei seine prekäre Lage als Nachbar der übermächtigen Sowjetunion zu gefährden.

Lebensstandard und Staatskasse

Israel vor problematischen Umstellungen auf dem Arbeitsmarkt

Von Gad Redlich

Genau eineinhalb Wochen vor der Eröffnungssitzung des israelischen Parlamentes, der Knesseth, zeigten sich im neuen Hafen von Aschdod Begleiterscheinungen einer neuen Arbeitspolitik. Noch bevor Arbeitsminister Jigal Alon den Parlament-Abgeordneten seine Erklärungen gab, kam es in der Hafenstadt zu Demonstrationen, die der Polizei Anlaß zum Eingreifen gaben. Grund der Unruhen: Entlassungen.

War das Land seit einigen Monaten von beunruhigenden und enormen Preissteigerungen heimgesucht worden, so scheint sich jetzt eine - wenn auch prozentual zur Zahl der Beschäftigten äußerst geringe - Entlassungswelle anzudeuten. Beide Vorgänge stehen zwar in keinem direkten Zusammenhang, sind jedoch als Symptome eines speziellen israelischen Problems anzusehen. Man könnte sie vielleicht als Geburtswehen auf dem letzten Schritt zur endgültigen wirtschaftlichen Selbständigkeit des Landes betrachten. Worin liegen nun dabei die Schwierigkeiten?

Waren es bis zur Staatsgründung im Jahre 1948 vor allem Einwanderer aus Europa mit einem hohen Bildungsniveau und dem fast übermenschlichen Willen zum Aufbau des Landes gewesen, die dem Land das Gepräge gaben, so hat sich mittlerweile das Bild stark verändert. Damals konnte es geschehen, daß auf einem Bauplatz zwei würdige Herren, sagen wir ein ehemaliger Doktor und ein Professor, erschienen, die sich gegen die Sonne mit schwarzen steifen Hüten schützten und nach jedem geworfenen Ziegelstein "Bitte schön", bzw. "Danke schön" (in deutsch natürlich) sagten. Möchten sich die Alteingesessenen über Kleidung und "Super-Höflichkeit" auch ausschütten vor Lachen, Herr Doktor und Herr Professor hatten zumindest die Energie, einen völlig neuen Beruf zu erlernen. Durch ihre europäische Erziehung waren sie überzeugt von "der Arbeit als Lebenszweck", wußten von einem modernen Industriestaat, seinen Einrichtungen und seinen Aufgaben.

Probleme der Neueinwanderer

Anders heute. Schon seit Jahren kommt ein starker Strom von Neueinwanderern vor allem aus nordafrikanischen Ländern und anderen Entwicklungsgebieten. Diese Menschen gehen in Haifa zwar mit der größten Begeisterung an Land, wieder in der Heimat ihrer Vorväter zu sein, doch damit ist ihre Vorstellung von einem neuen Israel auch meistens erschöpft. Berufsausbildung über einen längeren Zeitraum? Gewerkschaften? Der Wille zum eigenen Opfer? Wer einmal selbst diese Neueinwanderer gesehen hat, weiß wie absurd solche Begriffe für sie klingen müssen. Da stehen sie am Kai, in irgendeinem französischen Hafen, der für sie Zwischenstation war. Vor der hilfereichen, Polizei und Schiffsoffizieren in Uniform haben sie Angst (die Macht der Gewohnheit und persönlicher Erlebnisse), ihre armseligen Pappkartons mit den primitivsten Habseligkeiten wollen sie auf gar keinen Fall abgeben, bevor sie nicht zusammen mit ihnen - was eine Unmöglichkeit ist - in den Gepäckraum gestiegen sind. Sie glauben, man will sie, wie so oft unter der früheren Herrschaft irgendeines Sultans, wieder einmal berauben. Verängstigt und gedemütigt blicken sie hinauf aufs

Schiffsdeck, wo Kameras auf sie gerichtet sind, und irgendwelche dummdreisten Touristen in Gelächter ausbrechen.

Und diese Menschen müssen dann möglichst rasch in den Prozeß eines modernen Staates eingeschaltet werden. Sie können weder für Wohnung, noch deren Einrichtung bezahlen, geschweige denn irgendein persönliches finanzielles Opfer bringen. Viele alte Leute sind unter ihnen, Menschen, deren Umstellung von vornherein aussichtslos ist. Sie sitzen im neuen - geschenkten - Heim in malerischen orientalischen Kleidern und bekommen - geschenkte - Renten. Die anderen, manchmal an die fünfzig Jahre alten Familienmitglieder, müssen einen Beruf erlernen. Welchen? Davon haben sie selbst im günstigsten Fall äußerst nebelhafte Vorstellungen.

Probleme dieser Art brachten und bringen nicht nur harte finanzielle Belastungen im Augenblick. Sie führten auch dazu, daß Fabriken und Gewerbebezweige entstanden, deren Rentabilität bei ihrer Entstehung weniger im Vordergrund standen, als die erzieherischen Aufgaben. Diese Neueinwanderer mußten das Gefühl bekommen, vollwertige Mitglieder ihrer neuen Gesellschaft zu sein. So kam es, daß die Erschließung von ehemals wüstenhafter Gegenden doppelte Kosten erforderte. Zuerst mußten Straßen gebaut werden, Städte entstanden zusammen mit Arbeitsplätzen mitten in nackten Sanddünen. Dann kamen dorthin Arbeiter, deren Leistungen am Anfang ohne bösen Willen weit unter europäischen Anforderungen standen. Millionen wurden ausgegeben

Noch harte Jahre stehen bevor

So konnte es auch geschehen, daß Fabriken über Jahre hinweg nicht aus der roten Kreide kamen. Andere hätten es geschafft, wenn nicht eine Überzahl von Arbeitskräften aus der nahen Umgebung gewesen wären. Das wiederum führte zur Schichtarbeit, zu - gemessen an der Arbeitsleistung - überhöhten Lohnkosten. Die neuen Bürger aus dem Orient benutzten - wer könnte es anders erwarten - die manchmal praktisch als Almosen von Regierung gegebenen Löhne nicht zum Eröffnen von Konten oder anderen Investitionsmöglichkeiten. Ihr Konsumbedarf stieg ungebauer, nahm manchmal groteske Formen an. (Ich habe noch nie so riesige Stapel importierter amerikanischer Zigaretten gesehen wie in den Kiosken dieser Neueinwanderer-Gebiete). Die Export- und Import-Lücke des israelischen Handels schloß sich langsamer als erwartet.

Das soll jetzt anders werden. Nach dem Willen des neuen Arbeitsministers Jigal Alon werden die von der Regierungseite gezahlten Löhne für Schichtarbeiten spärlicher fließen. Viele Fabrikeleitungen werden lernen müssen, auch ohne Subventionen auszukommen, was in vielen Fällen nicht ohne Entlassungen möglich sein wird. Auf der anderen Seite ist es aber so, daß die Arbeiter nicht als "ewige Arbeitslose" auf freien Plätzen herumzusitzen brauchen. In Israel herrscht Vollbeschäftigung, Fabriken in anderen Gebieten benötigen Arbeitskräfte. Nur - zu einem Zeitpunkt, wo unter der Last riesiger Steuererhöhungen gerade der Mittelstand in seiner ganzen Breite den Gürtel sehr eng schnallen muß, werden auch die Arbeitnehmer entweder mehr Arbeitsleistung für den gleichen Lohn zu geben haben, oder eine Verringerung ihres Konsumgüterverbrauchs in Kauf nehmen müssen.

Nach einem jahrzehntelangen Aufgau unter in Europa unvorstellbaren Entbehrungen hatte man sich in Israel nach einer verständlichen und noch keineswegs westeuropäische Ausmaße erreichenden Steigerung des Lebensstandards geseht. Man wollte die Früchte seiner Arbeit genießen. Nun zeigt es sich, daß dieses Traurziel noch nicht erreicht ist. Es werden noch harte Jahre vergehen, bis die Israelis zu einem Leben kommen, das ihnen - bei einem Vergleich hiesiger und europäischer Arbeitsleistungen - eigentlich schon heute zukäme.